

Statut vorzunehmen, die sich aus den Beschlüssen des Zentralkomitees oder des Politbüros ergeben, die zu diesem Gegenstand seit dem IV. Parteitag gefaßt wurden.

Die Antragskommission unterbreitet dem Parteitag in einer Drucksache die Vorschläge für die neuen Formulierungen im Statut und bittet, sie zu bestätigen.

Zu einem späteren Zeitpunkt, der wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Erfüllung der Beschlüsse des V. Parteitages steht, wird sich die Partei mit einer Änderung des Statuts beschäftigen müssen, um es dem dann erreichten Stand der Entwicklung anzupassen.

Die übrigen Anträge beschäftigten sich im wesentlichen mit den Fragen der Organisationspolitik, mit den einzelnen Gebieten der Wirtschaft und mit der Arbeit der Organe der Staatsmacht. Dazu kommen Anträge, durch die der Parteitag um die Regelung persönlicher Angelegenheiten gebeten wird, die den zuständigen Abteilungen des Zentralkomitees zur Erledigung überwiesen werden müssen.

Einige Anträge beschäftigten sich mit der technischen und inhaltlichen Umgestaltung der Parteidokumente. Die Antragskommission ist zu der Auffassung gelangt, daß diese Anträge bei einem notwendig werdenden Umtausch der alten Parteidokumente berücksichtigt werden können. Sie sollten daher dem Zentralkomitee als Material überwiesen werden.

Die Verbesserung der Parteiarbeit in den Einrichtungen der Deutschen Reichsbahn ist Gegenstand anderer Anträge. Sie werden hier erwähnt, weil sie zeigen, daß die Beschlüsse des Zentralkomitees nicht immer exakt befolgt werden. Die Antragskommission empfiehlt den Bezirksleitungen, gemeinsam mit den Kreisleitungen und den Politorganen der Deutschen Reichsbahn Beratungen auf der Grundlage der geltenden Beschlüsse des Zentralkomitees durchzuführen, um eine enge Zusammenarbeit zwischen den Organen der Partei und den Politorganen herbeizuführen und die führende Rolle der Partei durchzusetzen und zu erhöhen. Neue Beschlüsse sind nicht erforderlich.

Andere Antragsteller wollen die Aufnahme als Kandidat der Partei und die Mitgliedschaft in der Partei davon abhängig machen, daß der Kandidat oder Genosse schon einen festen weltanschaulichen Standpunkt auf der Grundlage des dialektischen und historischen Materialismus hat. Genossen, die sich nicht von der Kirche trennen können, sollen das Recht verlieren, Mitglied der Partei zu sein.⁸